



IN KÜRZE

ILO-Generaldirektor Somavia kündigt Rücktritt an

Der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Juan Somavia, hat Ende September die vorzeitige Niederlegung seines Amtes bekannt gegeben. Aus persönlichen Gründen, die es nötig machten, seiner Familie näher zu sein, werde er bereits zum 30. September 2012 zurücktreten. Der gebürtige Chilene war 2008 für eine bis März 2014 dauernde dritte Amtszeit wiedergewählt worden. Der ILO-Verwaltungsrat hat bereits mit den Vorbereitungen für die Wahl eines Nachfolgers begonnen.

Leiter internationaler Organisationen bei Kanzlerin Merkel

Die Chefs von ILO, WTO, OECD, IWF und Weltbank trafen sich am 6. Oktober mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, um über eine verstärkte Kooperation in sechs Bereichen zu sprechen – darunter die Bekämpfung der Finanzkrise und die Steigerung des Beschäftigungsniveaus basierend auf der Agenda für menswürdige Arbeit und dem globalen Beschäftigungspakt der ILO.

Arbeitsmarktkindikatoren mit neuer Datenbank über Armut

Die siebte Auflage der „Key Indicators of the Labour Market“ (KILM) bietet erstmals eine umfassende internationale Datenbank über arbeitende Arme, basierend auf Daten aus 54 Ländern. Demnach ist die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit arm bleiben, weltweit in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurückgegangen, doch hat sich dieser Rückgang fast ausschließlich in China abgespielt. (www.ilo.org/kilm)

Krise treibt Jugendarbeitslosigkeit in die Höhe – fast überall auf der Welt



In die langen Schlangen von Arbeitslosen – hier Bewerber für einige ausgeschriebene Stellen in Brasilien – reihen sich immer mehr Jugendliche ein © ILO

Eine ganze Generation droht infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Strecke zu bleiben. So lautet die Warnung der Autoren der „Global Employment Trends for Youth 2011“. Dem Mitte Oktober von der ILO veröffentlichten Bericht zufolge sind Jugendliche mit einer gefährlichen Mischung von Problemen konfrontiert: anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse und vor allem in den Entwicklungsländern ein zum Leben nicht ausreichendes Einkommen.

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist 2009 die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren demnach weltweit um 4,5 Millionen gegenüber dem Vorjahr angestiegen. In den Jahren vor der Krise hatte der jährliche Anstieg nie mehr als 100.000 betragen. Seit dem Höhepunkt 2009 hat sich zwar ein gewisser Rückgang der Zahl

arbeitsloser Jugendlicher ergeben, nämlich von 75,8 auf 75,1 Millionen Ende 2010. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,7 Prozent. Doch das ist dem Bericht zufolge noch lange kein Grund zur Entwarnung. Die ILO-Experten führen diesen leichten Rückgang nämlich weniger auf eine Erholung am Arbeitsmarkt zurück als vielmehr darauf, dass Jugendliche die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben.

Als Beispiel nennen sie Irland, wo die Jugendarbeitslosenquote von 9 Prozent vor Ausbruch der Krise 2007 auf 27,5 Prozent im Jahr 2010 stieg. Dieser ohnehin schon dramatische Anstieg wäre noch um bis zu 19 Prozentpunkte höher ausgefallen, wenn auch diejenigen Jugendlichen gezählt worden wären, die die Krise mit einer Aus- oder Fortbildung überbrücken oder die Suche aufgegeben und sich zu Hause zurückgezogen haben.



Eine junge Chinesin in Tianjin informiert sich über Berufsausbildungsmöglichkeiten © ILO

vielen Ländern Afrikas oder Südasiens ist der bloße Blick auf die Arbeitslosenzahlen irreführend. Die relativ hohe Beschäftigungsrate zeigt dort lediglich, dass Jugendliche keine andere Wahl haben, als jede Arbeit anzunehmen, gleich zu welchem Lohn und welchen Bedingungen. Es gebe auf der Welt viel mehr Jugendliche, die zu den so genannten arbeitenden Armen zählen, als solche, die gar keine Arbeit haben, hält der Bericht fest.

Salazar-Xirinachs lobt zwar die Bemühungen vieler Regierungen, die Jugendarbeitslosigkeit durch verschiedene arbeitsmarktpolitische Instrumente zu bekämpfen – beispielsweise durch gezielte Fortbildungsmaßnahmen, Unterstützung bei der Arbeitssuche oder Existenzgründung oder auch durch Subventionen für Arbeitgeber, die Jugendliche einstellen. „Letztendlich aber müssen einfach mehr Arbeitsplätze geschaffen werden“, so der

„Fast die Hälfte der Weltbevölkerung ist jünger als 25 Jahre“, sagte er in seiner Rede vor dem Plenum. „Junge Menschen können daher einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Wohlstand leisten.“ Die Beschäftigungskrise bei Jugendlichen und Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sollen einen Schwerpunkt der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2012 bilden.

Eine globale Koalition für Jugendbeschäftigung

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hatte zuvor auf dem Arbeitsministertreffen der G20 im September in Paris einen Jugendbeschäftigungspakt gefordert. Auf einer Konferenz in Berlin mit dem Titel „Menschenwürdige Arbeit für die Jugend – Verloren in der Globalisierung?“ haben im Oktober 2011 70 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus 24 Ländern die Jugendarbeitslosigkeit als wirtschaftliche und soziale Bedrohung bezeichnet. Sie forderten unter anderem auch die Teilnahme junger Menschen an der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit rückt mittlerweile nicht nur bei der ILO und

„In diesen neuen Zahlen spiegeln sich Enttäuschung und Wut von Millionen von Jugendlichen in aller Welt wider“, erklärt ILO-Exekutivdirektor für Beschäftigung, José Manuel Salazar-Xirinachs. Wer in der seit Jahren anhaltenden Finanz- und Wirtschaftskrise neu in den Arbeitsmarkt eintrete, der habe nicht nur in der Gegenwart Probleme mit Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung und dementsprechend geringer sozialer Teilhabe. Diese Probleme hätten auch Auswirkungen für die Zukunft der Betroffenen wie eine geringere Lohnhöhe im späteren Berufsleben und ein anhaltendes Misstrauen gegenüber dem politischen und wirtschaftlichen System.

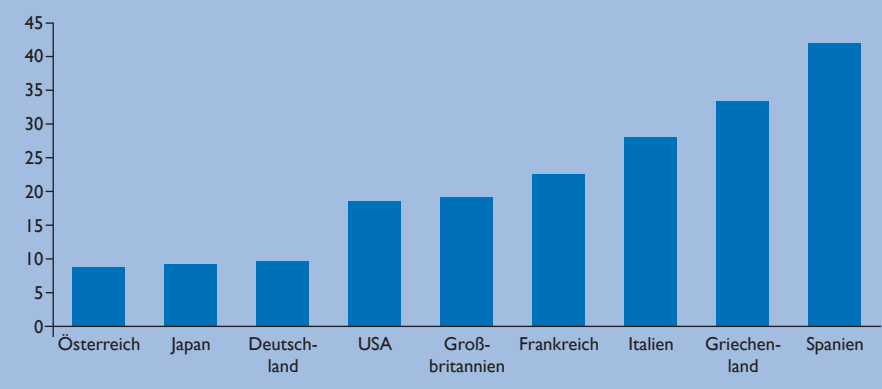
Enttäuschung und Wut von Millionen von Jugendlichen in aller Welt

Diese Frustration sei eine der Ursachen für die Proteste in zahlreichen Ländern. Dies gelte beispielsweise für Nordafrika, wo schon seit zwei Jahrzehnten ein Viertel aller Jugendlichen ohne Arbeit ist.

In vielen ärmeren Ländern besteht die größte Gefahr für Jugendliche darin, in einem Kreislauf von Armut trotz Erwerbstätigkeit gefangen zu bleiben. In

Jugendarbeitslosigkeit in ausgewählten OECD-Ländern 2010

in Prozent



Beschäftigungsexperte weiter. „Dazu sind Maßnahmen nötig, die Wachstumshemmnisse beseitigen, wie etwa eine Reparatur des Finanzsystems und eine Restrukturierung des Bankensektors, um kleinen und mittelständischen Unternehmen wieder ausreichend Kredite zur Verfügung stellen zu können, sowie die Stärkung der weltweiten Nachfrage.“

Auf der letzten Internationalen Arbeitskonferenz im Juni hatte der indonesische Präsident, Susilo Bambang Yudhoyono, bereits eine globale Koalition für Jugendbeschäftigung gefordert.

den Gewerkschaften ins Zentrum der Politik. So haben die G20-Arbeitsminister auf ihrem Treffen im September eine Task Force für Beschäftigung beschlossen, die sich als erstes mit der Jugendarbeitslosigkeit befassen wird. Diese Arbeitsgruppe soll zunächst ein Jahr lang untersuchen, welches die Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen sind und welche Modelle zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen erfolgreich sind. Die Task Force dürfte zweifellos auch einen Blick nach Deutschland werfen.

Nicola Liebert

Jugendarbeitslosigkeit: Blick auf Deutschland

Mit seiner geringen Jugendarbeitslosigkeit trotz Deutschland dem Trend...

In Deutschland, scheint die Krise an Jugendlichen fast spurlos vorübergegangen zu sein: Selbst im Krisenjahr 2009 ist die Arbeitslosenquote bei den Unter-25jährigen leicht rückläufig gewesen. Zwischen 2007, also vor Krisenbeginn, und 2010 fiel sie von 11,7 auf 9,7 Prozent. Auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit und der Teilzeit-Beschäftigung ging die Quote in Deutschland in den vergangenen Jahren zurück.

Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland gut da. Dem Statistischen Bundesamt zufolge waren im Juni 2011 9,1 Prozent oder 430.000 Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren erwerbslos. Nur in den Niederlanden (7,1 Prozent) und in Österreich (8,2 Prozent) war die Quote geringer. Im EU-Mittel liegt der Anteil der Arbeitslosen unter jungen Menschen bei 20,5 Prozent.

... nicht zuletzt auch wegen der niedrigen Geburtenrate

Einen wichtigen Anteil an dieser vergleichsweise günstigen Situation hat zweifellos der demographische Faktor. In den Ländern, in denen die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist, ist meist auch der Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung wesentlich höher als in Deutschland, wo zwischen 1991 und 2009 die Geburtenrate um 18 Prozent zurückging. Mit der niedrigen Geburtenrate gehen jedoch bekanntlich andere Probleme einher wie etwa die zunehmende Alterung der Arbeitnehmererschaft.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostiziert bis 2050 einen Rückgang der Bevölkerung im berufsfähigen Alter um 12 Millionen Personen. Durch ausländische Arbeitskräfte allein lässt sich diese Lücke kaum füllen. Selbst bei einer doppelt so hohen Zuwanderung würde die Abnahme laut IAB immer noch 8,2 Millionen Erwerbspersonen betragen.

Dies zeigt, dass es sich die Bundesrepublik trotz der erfreulich niedrigen Jugendarbeitslosigkeit nicht leisten kann, die Jugendlichen zu vernachlässigen –

nicht zuletzt auch solche mit Migrationshintergrund, deren Anteil vor allem in urbanen Zentren stetig zunimmt.

Umso wichtiger sind Investitionen in die Ausbildung....

Investitionen in die Ausbildung von Jugendlichen einschließlich Maßnahmen zur Verringerung der Schulabbrecherquote sind dringend geboten. Doch in einer im Oktober vorgestellten Studie kritisierte der DGB, dass die auf dem Bildungsgipfel 2008 vereinbarten Ziele nicht erreicht werden. Lediglich bei der Zahl der Studienanfänger deckten sich Anspruch und Wirklichkeit. Verfehlt worden sei aber das Ziel, den Anteil der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 auf 8,5 Prozent zu halbieren. Nach einem kleinen Rückgang 2009 sei die Zahl schon ein Jahr später wieder auf den Stand von 2008 gestiegen. Damit hätten in Deutschland rund 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren keinen Berufsabschluss.

... um Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern

Dennoch kann das duale System aus betrieblicher und schulischer Ausbildung als wichtiger Grund für die relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit gelten. Doch auch hier stellen sich noch gewaltige Herausforderungen.

Obwohl nahezu 60 Prozent aller Betriebe in Deutschland die Voraussetzungen erfüllen, um Lehrstellen anbieten zu können, bildet schätzungsweise nur ein Viertel aller Unternehmen aus. 2010 fanden daher rund 12.000 Schulabgänger keine Lehrstelle. Weitere 72.000 aus vergangenen Jahren suchen weiter nach einem Ausbildungsplatz. Und 100.000 frühere Bewerber, vor allem schwer zu vermittelnde Jugendliche und solche mit Migrationshinter-



Zu den Herausforderungen im deutschen Berufsbildungssystem gehört auch, mehr Mädchen für eine Ausbildung in klassischen Männerberufen zu begeistern.
© Colourbox

grund, haben die Suche offenbar aufgegeben.

Daher ist es zu begrüßen, dass der 2004 zwischen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt nun bis 2014 verlängert wurde. Außerdem wurde er ausgeweitet und bezieht nun auch die Kultusminister und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung als Partner mit ein.

Für Schulabgänger, die nicht über die notwendigen Voraussetzungen für eine Ausbildung verfügen, gibt es überdies Angebote wie die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und andere Übergangshilfen der Bundesagentur für Arbeit oder das von beruflichen Schulen angebotene Berufsvorbereitungsjahr, in dem Jugendliche unter Umständen auch noch ihren Hauptschulabschluss nachholen können.

N.L.



ILO-Generaldirektor Edward Phelan unterzeichnet die Erklärung von Philadelphia im Beisein von US-Präsident Franklin D. Roosevelt (links) am 17. Mai 1944 © ILO

Der Geist von Philadelphia

Soziale Gerechtigkeit in Zeiten entgrenzter Märkte

Eine Besprechung des Buches von Alain Supiot

Im Jahr 1944 nahm die Internationale Arbeitsorganisation in Philadelphia eine Grundsatzerklärung über ihre Ziele an. Was das wenige Wochen später vereinbarte Abkommen von Bretton Woods für die Finanzmärkte bedeutete, das war die „Erklärung von Philadelphia“ für das internationale Sozial- und Arbeitsrecht. Sie gilt als Gründungsdokument moderner Sozialstaatlichkeit. Soziale Gerechtigkeit sollte danach zu einem „Eckpfeiler der internationalen Rechtsordnung“ gemacht werden. Ein wirklicher Friede – so heißt es in der Erklärung – könne „auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“; „Freiheit von Not“ sei auf den engen Zusammenhang von wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit angewiesen.

Alain Supot möchte die Einsichten von damals neu beleben. In seinem Essay „Der Geist von Philadelphia“ fordert er eine Neubesinnung und Rückkehr zu dem vor über 60 Jahren international vereinbarten Wertekanon: Soziale Gerechtigkeit soll danach wie schon 1944 zu einem „Hauptziel“ internationaler Politik werden. Grund zur Sorge sieht der französische Arbeitsrechtler, Profes-

sor an der Universität Nantes, allerdings gerade in „Zeiten entgrenzter Märkte“ – wie es im Untertitel heißt. Alain Supiot schreibt:

In der Erklärung von Philadelphia sind die Wirtschaft und das Finanzwesen Mittel, die den Menschen zu dienen haben. Der gegenwärtige Globalisierungsprozess verläuft indes genau unter dem umgekehrten Vorzeichen: An die Stelle des Ziels sozialer Gerechtigkeit ist das des freien Kapital- und Warenverkehrs getreten, und die Rangfolge von Mitteln und Zwecken wurde umgekehrt.

Wenn in der Erklärung von Philadelphia festgestellt wurde: „Arbeit ist keine Ware“, dann sollten die Staaten im Arbeitsrecht für juristische Stützbalken sorgen, die die körperliche Unversehrtheit und die wirtschaftliche Sicherheit der Arbeitnehmer gewährleisten. Alain Supiot widersetzt sich dem neoliberalen Gegenwind, der sich seiner Ansicht nach aus dem Bündnis von angelsächsischen und postkommunistischen Ländern speist und seinen Ausdruck in Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs findet:

Der Gerichtshof stellte fest, dass die Ziele der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmer und der Wahrung des sozialen Friedens nicht im öffentlichen Interesse lägen und eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit daher nicht gerechtfertigt sei. Besser kann man die Abkehr vom „Geist von Philadelphia“ nicht beschreiben.

Supiot wirft dem Europäischen Gerichtshof vor, er habe sich vom Ziel der Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verabschiedet und beuge sich dem Wettlauf um die niedrigsten Sozialstandards. Es könne nicht sein, dass Streiks und andere gewerkschaftliche Aktionen untersagt würden, weil sie die „spontane Ordnung“ des Marktes störten. Wer den Wettbewerb auf dem Markt „zum einzigen universellen Organisationsprinzip“ mache, der gerate in eine ähnliche Sackgasse wie zuvor die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts. Als ein den Gewerkschaften nahestehender Arbeitsrechtler entwirft Alain Supiot im zweiten Teil des Buches Strategien, wie man der Globalisierung mit juristischen Mitteln beikommen kann, wenn man nur will. Die Ausrede, die transnationalen Unternehmen könnten sich aus der Verantwortung stehlen, lässt er nicht gelten. Supiot zeigt, welche juristischen Möglichkeiten es gibt, sich dagegen zu wehren – vorausgesetzt, der politische Willen sei da. Und er appelliert daran, einen „Sinn für Grenzen zu entwickeln, für das rechte Maß, für gezieltes Handeln, für Verantwortung und Solidarität“. Am Beispiel des Begriffs Verantwortung führt Alain Supiot aus:

Der Maxime Milton Friedmans, die einzige soziale Verantwortung des Unternehmens bestehe darin, seine Gewinne zu steigern, kann man den aus dem römischen Recht überkommenen Grundsatz entgegensetzen: Wo es einen Gewinn gibt, gibt es auch eine Pflicht, und damit auch einen Verantwortlichen. Diejenigen, die von einer Wirtschaftstätigkeit profitieren, sind als

Impressum

Herausgeber: Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Vertretung in Deutschland

Kontakt: Karlplatz 7, 10117 Berlin
Telefon: 030/280 926 68
Telefax: 030/280 464 40
eMail: berlin@ilo.org
Internet: www.ilo.org/berlin

Redaktion: Nicola Liebert

maßgebliche Akteure zu betrachten, welche juristischen Formen das Unternehmen auch haben mag.

Durchaus konsequent legt der französische Arbeitsrechtler dar, dass Begriffe wie Verantwortung, Solidarität und Würde „justiziabel“ sind, also vor Gericht praktische Anwendung finden können.

Alle Mittel, die es einer natürlichen oder juristischen Person erlauben, sich den mit dem Solidaritätsprinzip verbundenen Pflichten zu entziehen, stellen eine Verletzung der Menschenrechte dar und sind als solche zu ahnden. Das ist beispielsweise der Fall, wenn ein Unternehmen seine Produktion verlagert oder an Subunternehmer vergibt, mit dem einzigen Ziel, Sozial- und Umweltstandards zu umgehen. Vor allem internationale Institutionen wie die Weltbank verstoßen gegen die Menschenrechte, wenn sie die Konkurrenz zwischen den Rechts-

systemen fördern, die allein dem Nutzenskalkül von Investoren dient.

So interessant solche Interpretationen sein mögen, so wird das Verständnis des Essays dadurch erschwert, dass viele Beispiele, die Supiot anführt, aus

**Alain Supiot:
Der Geist von
Philadelphia.
Soziale Gerechtigkeit
in Zeiten
entgrenzter Märkte**

Hamburger Edition,
143 Seiten, 18 Euro



dem französischen Rechtsleben stammen. Und sicher kann man den französischen Code civil nicht einfach mit dem deutschen BGB gleichsetzen. Diese keineswegs äußerlichen Schwierigkeiten deuten auf exakt die Probleme hin, mit denen Supiot angesichts der Globalisie-

rung zu tun hat: wie nämlich eine Transnationalisierung rechtlicher Maßstäbe aussehen könnte. Supiots Buch ist ein erster Einstieg in eine Problematik, die angesichts globaler Handels-, aber nationaler Rechtsverhältnisse an Bedeutung zunehmen wird. Immerhin kann er an zahlreichen Beispielen nachweisen, dass das Recht sich nicht dem sogenannten „Sachzwang“ eines scheinbar übermächtigen Marktes beugen muss. Verantwortung und Solidarität sind unter den Bedingungen der Globalisierung nicht dazu verurteilt, als Worthülsen für Sonntagsreden zu dienen, sondern sie sind – wenn man nur will – durchaus juristisch handhabbar.

Conrad Lay

Der Beitrag wurde am 1.8.2011 im Deutschlandfunk in der Sendung „Andruck“ gesendet. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors.

„Was weißt Du über Menschenhandel und Arbeitsausbeutung?“

Berliner Bündnis gegen Menschenhandel startete eine Aufklärungskampagne

Was weißt Du über Menschenhandel und Arbeitsausbeutung in Deutschland? Unter diesem Motto startete das Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung (BBGM) im Oktober eine

Kampagne, um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und auf Hilfsangebote für Betroffene hinzuweisen.

Herzstück der Kampagne sind ein Filmclip sowie Plakate, die auf die Unsichtbar-

keit von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung hinweist: „Ob als Haushaltshilfe, in der Gastronomie oder auf dem Bau: Auch in Deutschland gibt es Menschen, deren Arbeitskraft ausgebeutet, deren Zwangslagen und Hilflosigkeit ausgenutzt werden und die falschen Versprechungen zum Opfer fallen“, heißt es in dem Clip, der in Berlin auch in den Kinos der Yorck-Gruppe und im „Berliner Fenster“ der U-Bahn gezeigt wurde.

Wer Hilfe braucht oder vermutet, dass jemand betroffen sein könnte, kann sich unter www.gegen-menschenhandel.de informieren. Hier stehen unter anderem Informationsflyer über die Rechte von ArbeitnehmerInnen in 15 Sprachen, eine Übersicht über Anlaufstellen und Beratungsangebote sowie branchenspezifische Indikatorenlisten für die bessere Identifizierung von Menschenhandel zur Verfügung.



World of Work 2011

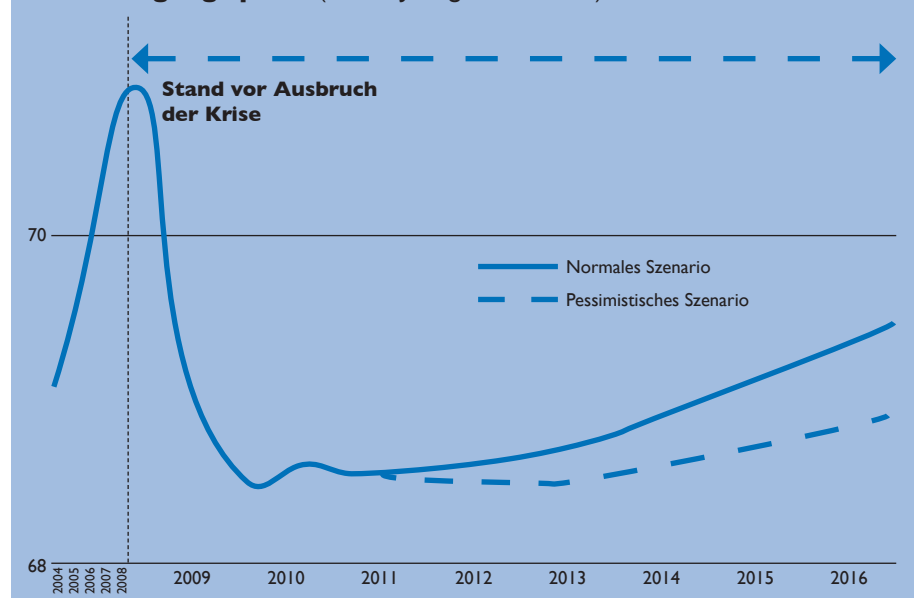
ILO-Arbeitsmarktbericht warnt vor sozialen Unruhen

Die Weltwirtschaft steht laut dem „World of Work Report 2011“ am Rande einer erneuten und noch tieferen Arbeitsmarktrezession. In 45 von 118 untersuchten Ländern – vor allem in Industrieländern, aber auch in der arabischen Welt und Asien – besteht infolgedessen ein erhöhtes Risiko sozialer Unruhen. Die Unzufriedenheit hängt dabei nicht nur mit der hohen Arbeitslosigkeit zusammen, sondern auch mit dem Eindruck, dass die Lasten der Krise ungleich verteilt sind.

In den Industrieländern dürfte angesichts der erneuten Turbulenzen auf den Finanzmärkten die Beschäftigungsquote auch in den kommenden Jahren nicht auf den Stand vor Ausbruch der Krise zurückkehren. Schlimmstenfalls wird eine Erholung erst 2013 einsetzen.

Deutschland stellt mit seiner seit dem Krisenausbruch gestiegenen Beschäftigungsquote eine Ausnahme dar. Jedoch gingen 75 Prozent des Beschäftigungszuwachses zwischen 2009 und 2010

Beschäftigungsquote (15–64-Jährige, in Prozent)



auf das Konto atypischer Beschäftigungsverhältnisse: befristete Verträge, Teilzeitarbeit, Minijobs und ganz besonders Zeitarbeit. 2010 war jeder vierte Arbeitnehmer in Deutschland atypisch beschäftigt. Fast 21 Prozent der Arbeitnehmer verdienen weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns (14,77 €).

Der Bericht betont jedoch, dass angesichts der sich verschlechternden

globalen Konjunktur eine Stärkung der Binnennachfrage dringend geboten wäre. Nicht nur in Deutschland könne eine Umkehr des Trends zu immer niedrigeren Lohnquoten einen wichtigen Beitrag zur globalen Konjunkturerholung leisten.

(Der Bericht kann unter www.ilo.org/inst heruntergeladen werden.)

Vereinte Nationen greifen globalen Beschäftigungspakt auf

ECOSOC-EntschlieÙung zu Maßnahmen gegen die Krise betont Politikkohärenz

Die UNO greift den globalen Beschäftigungspakt auf, mit dem die ILO auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise reagierte. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat auf seiner Juli-Sitzung eine entsprechende EntschlieÙung angenommen. In der EntschlieÙung mit dem Titel „Erholung von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise: ein globaler Beschäftigungspakt“ verweist der ECOSOC darauf, dass der Beschäftigungspakt der ILO eine beschäftigungsintensive konjunkturelle Erholung und damit ein nachhaltigeres Wachstum anstrebt. Um das zu erreichen sei eine international kohärente Politik entscheidend.

Der globale Beschäftigungspakt war 2009 auf der Internationalen Arbeitskonferenz verabschiedet worden, die ganz im Zeichen der Krise stand. Sein

Ziel ist, die wirtschaftliche Erholung zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitnehmer und ihre Familien zu schützen. Regierungen und Sozialpartner sind zur Zusammenarbeit aufgerufen, um die weltweite Beschäftigungskrise gemeinsam durch Maßnahmen zu



bekämpfen, die sich an der ILO-Agenda für menschenwürdige Arbeit orientieren.

Ein Portfolio von Maßnahmen gegen die Beschäftigungskrise

Dazu bietet er ein Portfolio von Maßnahmen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse jedes Landes zugeschnitten werden können. Dazu gehören beispielsweise

öffentliche Infrastrukturinvestitionen, Beschäftigungsprogramme, die Stärkung der Sozialschutzsysteme und Mindestlöhne. Vor allem in Entwicklungsländern können solche Maßnahmen die Armut vermindern, die Nachfrage stärken und einen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Stabilität leisten.

Der ECOSOC ruft die Staaten auf, die Umsetzung des Paktes zu fördern und die darin aufgeführten Instrumente zu nutzen. Speziell die Geberländer fordert er zudem auf, für die ärmsten Entwicklungsländer entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der UN-Generalsekretär wird gebeten, dem ECOSOC sowohl eine Übersicht über beschäftigungsintensive Investitionen und politische Strategien als auch über die Nutzung der Instrumente des globalen Beschäftigungspaktes durch das gesamte UN-System zu geben.

Die ordnungspolitischen Übereinkommen

In den kommenden Ausgaben der ILO-Nachrichten sollen einige der besonders wichtigen Übereinkommen vorgestellt werden. Die bekanntesten unter diesen sind die Kernarbeitsnormen, die Standards setzen in den Bereichen Vereinigungsfreiheit, Beseitigung der Zwangsarbeit und der Kinderarbeit sowie Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

In Reaktion auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise stehen aber seit 2009 vier weitere Übereinkommen im Fokus der ILO-Arbeit, die als „ordnungspolitische Übereinkommen“ (Governance Conventions) bezeichnet werden. Als Teil des ebenfalls 2009 verabschiedeten globalen Beschäftigungspaktes sind sie zu einem zentralen Bestandteil der ILO-Strategie zur Krisenüberwindung geworden. Sie sollen auch verhindern helfen, dass es unter dem Vorwand der Krise zu einer Abwärtsspirale bei Löhnen und sozialer Sicherheit kommt.

Daraus ergeben sich die Ziele der ordnungspolitischen Übereinkommen, die hier in gekürzter Form wiedergegeben werden: die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze für alle, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch sozialen Dialog sowie eine Überwachung der konkreten Arbeitsbedingungen durch Arbeitsinspektoren.

Übereinkommen 122 über die Beschäftigungspolitik (1964)

Um das wirtschaftliche Wachstum anzuregen, den Lebensstandard zu heben, den Arbeitskräftebedarf zu decken sowie die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung zu beseitigen, hat jedes Mitglied als eines der Hauptziele eine aktive Politik festzulegen und zu verfolgen, die dazu bestimmt ist, die volle, produktive und frei gewählte Beschäftigung zu fördern.

Diese Politik muss zu gewährleisten suchen,

- a) dass für alle Personen, die Arbeit suchen, eine solche vorhanden ist;
- b) dass diese Arbeit so produktiv wie möglich ist;
- c) dass die Wahl der Beschäftigung frei ist und jeder Arbeitnehmer alle Möglichkeiten hat, die notwendige Befähigung für eine ihm zusagende

Beschäftigung zu erwerben, ohne Rücksicht auf Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Glaubensbekenntnis, politische Meinung, nationale Abstammung oder soziale Herkunft. (...)

Nur wenn Staaten durch eine aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze sorgen, ist das Fundament gelegt, auf dem alle weiteren von der ILO entwickelten Standards aufbauen.

Übereinkommen 144 über dreigliedrige Beratungen zur Förderung der Durchführung internationaler Arbeitsnormen (1976)

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, Verfahren anzuwenden, die wirksame Beratungen zwischen Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sicherstellen.

Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind von ihren maßgebenden Verbänden, soweit solche Verbände bestehen, frei auszuwählen. Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer müssen in allen Organen, in deren Rahmen Beratungen stattfinden, gleichgewichtig vertreten sein.

Ziel der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verfahren sind Beratungen über

- a) Antworten der Regierungen zu Tagesordnungspunkten der Internationalen Arbeitskonferenz;
- b) die Überprüfung nichtratifizierter Übereinkommen und von Empfehlungen, denen noch nicht entsprochen worden ist, um festzustellen, welche Maßnahmen zur Förderung ihrer Durchführung getroffen werden könnten. (...)

Dahinter steht die Überzeugung der ILO, dass für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung und die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts der soziale Dialog im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stehen muss.

Die Übereinkommen 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel, (1947) und 129 über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft (1969)

Der Arbeitsaufsicht obliegt

- a) die Sicherstellung der Durchführung der gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Arbeitnehmer, wie der Vorschriften über Arbeitszeit, Löhne, Unfallverhütung, Gesundheitsschutz und Wohlfahrt, die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen und anderer damit in Zusammenhang stehender Angelegenheiten;
- b) die Belehrung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durch technische Aufklärung und Ratschläge über die wirksamsten Mittel zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften;
- c) die Verständigung der zuständigen Stelle von den durch die bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht ausdrücklich erfassten Mängeln oder Missbräuchen.

Das Aufsichtspersonal hat aus öffentlichen Beamten zu bestehen, deren Stellung und Dienstverhältnisse ihnen Stetigkeit der Beschäftigung und Unabhängigkeit von Veränderungen in der Regierung und von unzulässigen äußeren Einflüssen verbürgen. (...)

Das Mandat der ILO ist normativ, sie kann und soll nicht zu einer Kontrollinstanz werden. Deshalb bleibt die Überwachung der Arbeitsbedingungen in der nationalen Zuständigkeit, die die ILO durch die Übereinkommen über die Arbeitsaufsicht konkretisiert.

Trotz der herausragenden Bedeutung der ordnungspolitischen Übereinkommen schwankt die Zahl der Ratifikationen zwischen 51 (Übereinkommen 129) und 142 Staaten (Übereinkommen 81). Die ILO hat daher einen Aktionsplan entwickelt, der unter anderem Expertenberatungen über die institutionelle Entwicklung, Kapazitätsaufbau sowie Trainings vorsieht. Deutschland hat übrigens alle vier Übereinkommen ratifiziert.

Ruxandra Icobescu

Eine globale Arbeitsmarktrezession verhindern

ILO-Generaldirektor Juan Somavia zum G20-Gipfel im November 2011

Die Aussichten für den globalen Arbeitsmarkt sind düster. Die Arbeitslosenzahl liegt bei mehr als 200 Millionen und steigt weiter an. Schon vor der Krise war die Hälfte aller Beschäftigten in der informellen Wirtschaft tätig, und weltweit lebten zwei von fünf Arbeitern unterhalb der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag. Hinzu kommt, dass Millionen zwar Jobs haben, es diesen aber an den grundlegenden Elementen von Würde und Anstand fehlt: Rechten, sozialer Absicherung, Mitsprache.

Drohende Unruhen

In 25 Ländern ist es bereits zu Protesten in Zusammenhang mit der Beschäftigungssituation gekommen. Doch es könnte noch schlimmer kommen. Durch die Verlangsamung der Weltwirtschaft seit Mitte 2011 stehen wir am Rande einer globalen Arbeitsmarktrezession, die ein ganzes Jahrzehnt andauern könnte – ein verlorenes Jahrzehnt.

Maßnahmen zur direkten Stimulation des Beschäftigungswachstums sind unverzichtbar. Dabei geht es konkret um vier Punkte, die sich bereits bewährt haben. Zunächst müssen innerhalb der

nächsten fünf Jahre die Investitionen in die Infrastruktur für Arbeitsplätze von derzeit fünf bis sechs Prozent des BIP auf acht bis zehn Prozent erhöht werden. China und Indonesien haben gezeigt, dass derartige Investitionen eine Schlüsselrolle für den Erhalt von Arbeitsplätzen während einer Rezession spielen.

Zweitens muss gewährleistet werden, dass kleine und mittlere Unternehmen, in denen die meisten Arbeitsplätze entstehen, Zugang zu Krediten und Beratung haben. Drittens muss der Fokus auf Jobs für junge Menschen gelegt werden, zum Beispiel durch effektive Ausbildungsprogramme. Und schließlich muss in Ländern mit bislang mangelhafter Versorgung ein universeller sozialer Basisschutz eingerichtet werden. Wenn sich die Staaten auf diese Bereiche konzentrieren, wird die wirtschaftliche Erholung stärker und nachhaltiger sein.

Mehr Fairness und Gerechtigkeit

Die Welt steht vor größten Herausforderungen in puncto Fairness und Gerechtigkeit. Die Wahrnehmung, finanzielle Interessen würden schwerer wiegen als sozialer Zusammenhalt,

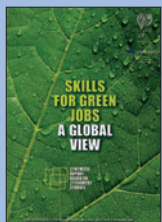


© ILO

untergräbt das Vertrauen der Menschen und ihre Zuversicht, dass es für sie eine faire Chance auf menschenwürdige Arbeit gibt.

Die ILO fordert die Staats- und Regierungschefs der G20 eindringlich auf, der Realwirtschaft wieder die Zügel in die Hand zu geben; den Finanzsektor in Richtung langfristiger, produktiver Investitionen zu lenken; alle acht Kernarbeitsnormen der ILO zu ratifizieren und umzusetzen sowie Beschäftigung, soziale Sicherung und Grundrechte am Arbeitsplatz mit der gleichen Verve und Gewissenhaftigkeit zu verfolgen und zu fördern wie niedrige Inflation und ausgeglichene öffentliche Haushalte.

NEUERSCHEINUNGEN



Skills for Green Jobs: A Global View

Olga Strietska-Illina,
Christine Hofmann et al.,
Oktober 2011, 466 S., 50 €

Mit der Umstellung auf eine ökologische Wirtschaft verändern sich die Ansprüche an die Qualifikationen der ArbeitnehmerInnen. Dieser Band stellt die Erfahrungen von 21 Ländern in Nord und Süd bei der Anpassung ihrer Ausbildungsprogramme dar. Da in traditionellen Industrien Jobs verloren gehen dürften, sind auch Umschulungen nötig, die sich auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen konzentrieren sollten.



Making Globalization Socially Sustainable

Marc Bacchetta,
Marion Jansen (Hg.),
September 2011, 316 S.,
33 €

Globalisierung kann Wachstum und Entwicklung fördern, doch gibt sie auch Anlass zur Sorge über Arbeitsplätze und Löhne. Wie sich die Globalisierung auf diese auswirkt, analysieren Wissenschaftler in diesem von ILO und Welthandelsorganisation (WTO) herausgegebenen Band. Die Analyse bietet auch Hinweise, wie Regierungen zu einer sozialen Gestaltung der Globalisierung beitragen können.



Towards Decent Work in Sub-Saharan Africa: Monitoring MDG Employment Indicators

Theo Sparreboom,
Alana Albee (Hg.),
208 S., Juni 2011, 65 €

Zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) gehört seit 2008 das Unterziel menschenwürdige Beschäftigung für alle. Hier wird gezeigt, wie sich in Afrika die für die MDG erhobenen Indikatoren zugleich auch für ein besseres Monitoring der Arbeitsmarkt- und Armutssituation in den einzelnen Ländern nutzen lassen. Diese Daten können zudem bei der Entwicklung von Beschäftigungsstrategien hilfreich sein.

Die ILO-Bücher können über den Buchhandel oder über die ILO Berlin, E-Mail: berlin@ilo.org, bezogen werden.